

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Telephon-Nummern  
88 - 89 - 98

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 30 Mark, durch die Post bezogen monatlich 40 Mark  
Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schab, Bochum. Druck: H. Handmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. Westf., Bismarckstr. 38/42

Telegrams-Adresse  
Kliverband Bochum

### Bergarbeiterinternationale u. Reparationskommission

Der Internationale Bergarbeiterkongress in Frankfurt beschloß einstimmig:

Der am 11. August 1922 in Frankfurt tagende Internationale Bergarbeiterkongress bestätigte die früheren auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bezüglichen Beschlüsse der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, ohne zu der allgemeinen Nachkriegspolitik Stellung zu nehmen und brüht angesichts der starken Unregelmäßigkeit auf dem Arbeitsmarkt, der schlechten Arbeitsbedingungen des Bergbaus in allen europäischen Ländern und der dadurch geschaffenen weit verbreiteten Not, besonders in Deutschland, die Ansicht aus, daß die auf die deutschen Kohlenlieferungen an die alliierten Regierungen bezüglichen Bestimmungen des Abkommens von Spa im gewissen Grade für die gegenwärtige ernste Lage verantwortlich sind und beschließt, an die Reparationskommission das Ersuchen zu richten, eine Abordnung des Internationalen Bergarbeiterverbandes zu empfangen zu dem Zweck, eine Abänderung des Abkommens von Spa zu erreichen und dadurch die heutige wirtschaftliche Lage im Kohlenbergbau zu erleichtern.

In Verfolg dieser Entschliessung wandte sich der Sekretär der Internationale, Kamerad Hodges, an die Reparationskommission. Nach geraumer Zeit erhielt er die Antwort, daß die Reparationskommission dem Wunsch des Internationalen Bergarbeiterkongresses nicht entsprechen könne, es offiziell zu empfangen, da ihm seine Statuten nicht erlaubten, mit anderen Stellen als Regierungen amtlich zu verkehren. Einzelne Mitglieder des Ausschusses könnten jedoch nichtamtlich von einzelnen Delegierten der Reparationskommission empfangen werden. Unser Sekretär protestierte gegen diese Methode, die Reparationskommission erklärte sich dann bereit, inoffiziell den Ausschuss zu empfangen und zwar am 29. November.

Dem Empfang ging voraus eine Sitzung des Internationalen Komitees in Brüssel am 27. November. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten und nach Wahl des Kameraden Hodges zum Vizepräsidenten des Komitees wandte sich die Sitzung der Beratung der Kohlenlieferungsfrage zu.

Die Kameraden Gusemann und Dimberg gaben eine Uebersicht über die Kohlenlage Deutschlands, die Uebersichtsforderung und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse. Die belgischen und englischen Kameraden schilderten den Einfluß der deutschen Kohlenlieferungen auf die Kohlenindustrie ihres Landes. Belgien hat Feuerschichten und große Kohlenbestände gehabt, während Deutschland Kohlen lieferte. England hatte Arbeitslose im Bergbau (heute noch 70 000), weil Frankreich in der Lage war, durch billiges Kohlenangebot den Weltmarktpreis zu drücken, wodurch der englische Kohlenexport zurückging.

Der Standpunkt der belgischen und englischen Kameraden läßt sich dahin zusammenfassen: Sie sind gegen deutsche Kohlenlieferungen in einem Umfang, der es ermöglicht, daß andere Länder mit Kohlen überflutet und zugleich Deutschlands Produktionskraft geschwächt wird. Die Lieferung der Mengen und Sorten, die den alliierten Ländern nachweislich infolge der Kriegserfordernisse fehlen, halten sie für berechtigt.

Diesen Standpunkt erkannten die beiden deutschen Vertreter als berechtigt an. Beschlossen wurde von der Sitzung, der Reparationskommission die Ansichten des Ausschusses vorzutragen und in erster Linie zu verlangen, daß der Intern. Bergarbeiterausschuss gehört werde, wenn die Kohlenfrage neu untersucht werde.

An der Sitzung haben nicht teilgenommen die Franzosen, Amerikaner, Jugoslawen und Amerikaner. Die letzteren waren durch die weite Entfernung entschuldigt, Kamerad Jarolim (Tschechoslowakei) durch die dort ausgebrochenen Streiks und Kamerad Kobal (Jugoslawien) durch Vorkverweigerung. Kamerad Bartuel (Paris) hatte sich mit Abhaltung durch agitatorische Notwendigkeiten entschuldigt.

Am folgenden Tage besuchte der Ausschuss das Bureau des französischen Bergarbeiterverbandes. Kamerad Bartuel war noch bereit, seine Vertreter glaubten aber versichern zu können, daß er, wenn er auch nicht an der Besprechung teilnehmen könne, doch nichts einwende gegen die Durchführung des Frankfurter Beschlusses.

Der Empfang der Delegation bei der Reparationskommission fand am 29. November statt. Es nahmen daran teil die englischen Kameraden Herbert B. Smith, Stephen Walsh, W. B. Richardson, Frank Godges; von Belgien Desjardin und Delattre; von Deutschland Gusemann und Dimberg; als Uebersetzer Kollege Care vom „Peuple“ in Brüssel.

Barthou, der Vorsitzende der Reparationskommission, betonte einleitend den nichtamtlichen Charakter der Konferenz. Nach einer kurzen Einleitung des Vorsitzenden des Intern. Ausschusses, Smith, trug Kamerad Hodges die Ansichten des Ausschusses vor. Ueber die vorgetragenen Wirkungen der deutschen Kohlenlieferungen auf die Kohlenindustrie der anderen Länder entspann sich eine Debatte, in welche Bradbury, Delacroix, Bemeimans und Boyden eintrifften. Einzelne vom Ausschuss vorgetragene Zahlen wurden angezweifelt, daselbe geschah seitens des Ausschusses mit Behauptungen, die von Mitgliedern der Reparationskommission aufgestellt wurden. So wurde u. a. mitgeteilt, daß neuerdings ein Befriedigungskoeffizient errechnet worden sei, wonach der Kohlenbedarf der einzelnen Länder im Vergleich zum Frieden in den Jahren 1912/13 gedeckt gewesen sei in Deutschland zu 84,57 Prozent (1), Italien zu 78,75 Prozent, Frankreich zu 68 Prozent und Belgien zu 62 Prozent. Hodges erklärte auf diese Mitteilung, daß er zwar im Augenblick nicht beweisen könne, daß diese Zahlen falsch seien, da ihm das Material nicht bekannt sei, aber daß die Zahlen falsch seien, halte er für sicher.

Die Ausdrücke war eine Bestätigung unserer Auffassung, daß die Bergarbeiterorganisationen zu den Untersuchungen über die Kohlenlage zugezogen werden müssen. Barthou war zu- nächst der Meinung, daß keine neue Institution geschaffen werden

könne, die im Friedensvertrag keine Stütze habe. Die Darstellung des Ausschusses, daß es sich nicht um eine Einrichtung mit Entscheidungsrecht, sondern um einen Ausschuss zur Untersuchung der Fragen handle, dessen Resultate die Reparationskommission verwerten könne, wurde von Bradbury anerkannt und dann die Zulässigkeit eines solchen Verfahrens von Barthou bekräftigt. (Als über die Anwesenheit von Stinnes und Hue in Spa gesprochen wurde und Bradbury beifällig erwähnte, daß Stinnes in Spa keinen großen Erfolg gehabt habe, verzogen sich die Gesichter der Delegierten der Reparationskommission zu einem bezeichnenden Lächeln.) Ueber die Zuziehung der Bergarbeiterorganisationen wurde natürlich in der Sitzung nicht entschieden, da sie nur einen informativischen Charakter hatte, nach dem aber zugesehen wurde daß der gutachtlichen oder untertugendlichen Tätigkeit von Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergarbeiterinternationale keine aus dem Friedensvertrag oder dem Statut der Reparationskommission zu folgendernden Hindernisse im Wege stehen, darf man wohl annehmen, daß diese Zuziehung erfolgt.

Am Schluß der zweistündigen Sitzung dankte Kamerad Smith für den Empfang und wies noch einmal nachdrücklich auf die unhaltbare Lage hin. Er sagte: „Wir haben den Eindruck: Was Deutschland herunterzerrt, zerrt auch uns herunter. Wir englischen Bergleute fragen uns oft, wer den Krieg gewonnen hat. Wir haben das Gefühl, daß wir ihn wenigstens nicht gewonnen haben. Wir englischen Bergarbeiter hatten Sundertausende der Unseren im Krieg und heute haben wir 70 000 Arbeitslose. Es leuchtet uns nicht ein, warum die deutschen Bergarbeiter in Ueberstunden arbeiten sollen, während wir nicht genug Arbeit haben. Was wir wollen, ist bessere Dekonomie.“

Die Nachrichten einzelner Blätter über die Konferenz waren, wie gewöhnlich bei solchen Anlässen nicht immer richtig. Die „Königliche Zeitung“ berichtete in ihrer Morgen-Ausgabe vom 30. November drastisch aus Paris über die Konferenz u. a., daß die Bergarbeiter die Zuziehung der Grubenbesitzer zu den Untersuchungen beantragt hätten. Das war ein Schwund. Am 29. November, abends, hatte nur der „Temps“ den offiziellen Bericht der Reparationskommission über den Empfang der Kommission und darin heißt es, daß die Delegation die Reparationskommission ersucht habe, die Möglichkeit ins Auge zu fassen.

„In Gutachten von Vertretern der Interessen des Bergbaues (ber Grubenbesitzer und der Bergarbeiter) entgegenzunehmen, wenn sie die Fähigkeit Deutschlands subiert, die Reparationskohlenlieferungen zu bewerkstelligen.“

Der Ausschuss hatte darauf hingewiesen, daß in Spa Vertreter der Grubenbesitzer zugezogen worden seien und hatte damit auch die Zuziehung der Bergarbeiterinternationale begründet. Bradbury stellte fest, daß in Spa offiziell weder Grubenbesitzer noch Bergleute zugezogen worden seien. Tatsache sei allerdings, daß verschiedene Mitglieder der Reparationskommission Sachverständige um sich versammelt hätten, die eben zufällig oder tatsächlich Grubenbesitzer waren.

Aus dem „Temps“, dem die Notiz allein zugrunde liegen kann, hätte der Vertreter der „Königlichen Zeitung“ erleben müssen, daß unser Ausschuss nicht die „Zuziehung der Grubenbesitzer“ beantragt hatte. Wir konnten uns nicht dagegen wehren, daß sie zugezogen wurden, verlangten unsererseits aber auch die Zuziehung der Bergarbeiter.

Die „Kote Fahne“ leistet sich folgendes in ihrem Bericht:

„Zweifellos können beratende Vorträge das Reparationsproblem im Sinne der Arbeiterklasse nicht lösen. Die Bergarbeiter der Entente-Länder fühlen eben so sehr den Druck des Versailles-Kaufriedens wie die deutsche Arbeiterklasse. Nur der Kampf der Arbeiter gegen ihre eigene Bourgeoisie ist zugleich der Weg des Kampfes zur Befreiung dieses Friedensvertrages, um den Weg für einen Aufbau Europas im Interesse der Arbeiterklasse zu öffnen. Die reformistischen Gewerkschaftsleitungen in Frankreich und der Tschechoslowakei haben aber nicht einmal ihre Delegierten zu der Konferenz entsandt, trotz sie nicht einen Beschluß mitverantworten wollten, der sich gegen die imperialistischen Interessen ihrer Länder richtet. Auch die belgischen Delegierten benahmen sich höchst zweideutig; sie trauten sich nicht, den Versailles-Friedensvertrag offen zu bekämpfen, obwohl sie zugeden mußten, daß die deutschen Kohlenlieferungen in Belgien zu einer „paradoxen Lage“ führen.“

Der DGB hat das Uebersichtsabkommen mit Stinnes auf den europäischen Wiederaufbau durchgeprüft, um die Stinnes-Geschäftspläne zu unterstützen. Die Bergleute der Entente-Länder haben wiederholt klar erklärt, daß die deutschen Kohlenlieferungen ihnen gegenüber eine Streikbrecherarbeit darstellen. Statt Vorträgen müssen sich also die Bergleute und alle Arbeiter dieser Länder zum gemeinsamen Kampf gegen den Kaufrieden zusammenschließen.“

Was die „Kote Fahne“ hier über die belgischen, französischen und tschechischen Kameraden sagt, ist natürlich falsch. Unschwerlich war durch seine Streiks völlig entschuldigt. Die belgischen Kameraden haben sich ganz einwandfrei benommen und wenn sie wie die englischen Kameraden verlangen, daß Deutschland das an Kohlen liefern soll, was nachweislich den anderen Ländern an Kohlen noch fehlt infolge der Kriegsverwüstungen, so stimmen wir deutschen Bergarbeiter dem zu!

Die französischen Kameraden wollen ja lieber „Aktionen“ gegen den internationalen Imperialismus, aber sie legen der Durchführung des einstimmig gefassten Frankfurter Beschlusses (ob die französischen Delegierten sich in Frankfurt der Stimme enthalten haben, können wir nicht feststellen) keine Hindernisse in den Weg. Die „Kampfbereitschaft“ der Kommunisten kennen wir zur Genüge, wir glauben nur nicht, daß diese Methoden dem Proletariat nützen, sondern berprechen uns von unserer internationalen Zusammenarbeit mehr Erfolg.

### Ein Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Nicht nur in den anderen freigewerkschaftlichen Organisationen, sondern auch in den Reihen unseres Verbandes greift immer mehr die Erkenntnis und der Wille Platz, daß ein Wochenbeitrag die Höhe eines Stundenlohnes haben muß. In der Entschliessung einer Konferenz rechtsrheinischer Erzbergbauarbeiter (Wessberg) vom 1. Okt. d. J. heißt es:

„Die Konferenz erkennt an, daß der Beitrag der Geldentwertung angepaßt werden muß. Dieses ist am besten möglich, wenn die Organisation den

Beitrag in Höhe eines Stundenlohnes

allgemein zur Einführung bringt. Groß sind die Aufgaben der Organisation in der Gegenwart, viel größer aber noch in der Zukunft. Das Unternehmertum rühet auf der ganzen Linie. Es gilt, den reaktionären Vorstoß auf den Achtstundentag, Betriebsrätegesetz und andere Errungenschaften abzuwehren. Dieses kann aber nur durch eine Organisation geschehen, die über die notwendigen Kampfmittel verfügt. Nur eine starke und finanziell gut gestützte Organisation bietet die Gewähr, die wirtschaftliche Lage der Erzbergarbeiterschaft zu heben.“

Eine Bezirkskonferenz für Halle beschloß am 29. Oktober d. J., mit allen gegen nur 11 Stimmen einen Stundenlohn als Wochenbeitrag einzuführen.

In einer Entschliessung der Bezirkskonferenz für Deutsch-Oberhessen, welche am 11. November stattfand, wird gefordert:

„Um die Organisation, die in den letzten Monaten 4 Millionen Mark an Unterstützung zahlt, in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben im Interesse der Bergarbeiter durchzuführen, wird die Bezirksleitung aufgefordert, allmählich darauf hinzuwirken, daß ein Stundenlohn als Wochenbeitrag eingeführt wird.“

Eine Konferenz für das mittlere Saabgebiet, welche am 19. November in Weisburg tagte, beschloß einstimmig, bei den Mitgliedern dahin wirken zu wollen, daß zukünftig

ein Stundenlohn als Wochenbeitrag

gezahl wird.

Das nennt man gesunden Gemerkschaftsgeist! Ach ja, schon hören wir wieder alle Ries- und Flaumacher ihr altes Lied singen von Mitgliederflucht und dergleichen mehr. Gewiß ist es richtig und traurig, daß der Bergarbeiter mit seiner Familie im größten Elend lebt. Wird es jedoch besser, wenn wir die Organisation zugrunde richten? Wird es besser, wenn infolge geringer Beitragszahlung die Organisation ihre Schlagkraft einbüßt, jetzt, in dem Augenblick, als das Unternehmertum zu neuen Unterdrückungsmaßnahmen ausholt?

Die Radikalmänner mögen sich ein Beispiel an den Kameraden vorstehender Bezirke nehmen. Kommunisten und Unionisten haben ihr Feld im Ruhrrevier, in diesem Ruhrrevier stoßen alle Organisationen auf die größten Schwierigkeiten in der Beitragsfrage! Das muß anders werden!

Die Beitragschlampelei der als „billiger Jakob“ bekannten Unionen richtet diese zugrunde, die Gelsenkirchener Union hat es so weit gebracht, daß sie ihre Mitglieder nicht einmal mit ihrer Zeitung bedienen kann. Das ist kompletter Bankrott. Diese Organisationen der Phrasie sind der billigen Beiträge wegen Opfer ihrer Organisationspolitik, wenn es ihnen nicht gelingt, von der Phrasie abzufahren und gesunden Geist in ihre Mitglieder hineinzutragen. Soll unser Verband dieselben Wege gehen?

Kameraden, besinnt euch!

### Die Bergmannswohnungen.

In der Nummer 46 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 18. November haben wir auf eine Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Bergbau hingewiesen, in der die Frage des Kohlenpreisausschlages für den Wohnungsbau auf der Tagesordnung stand. In dieser Sitzung ist ganz offenbar geworden, was wir allerdings schon lange wußten, daß nämlich die Arbeitgeber je eher je lieber mit dem ganzen Wohnungsbau Schluss machen möchten. Es hat großer Anstrengung bedurft, noch einmal die Erhöhung des Preisauflages von 36 auf 72 M. je Tonne Steinkohlen, von 54 auf 108 M. je Tonne Koks, von 12 auf 24 M. je Tonne Rohbraunkohle durchzusetzen; es gelang aber gleichzeitig erfreulicherweise, diese Abgabe bis Ende des Jahres 1923 festzulegen, nachdem bei der letzten Festlegung die Abgabe nur bis Ende Juni befristet worden war. Bei der letzten Preissteigerung für Kohlen vom 28. November hat der Reichskohlenrat auch die Wohnungsabgabe abermals um 50 Prozent erhöht, so daß sie nun 118 M. je Tonne Steinkohlen beträgt. Das bedeutet für das Ruhrrevier für das Jahr 1923 neun bis zehn Milliarden Mark. Damit wird man im Laufe des nächsten Jahres nun wohl den größten Teil der im Rohbau fertiggestellten 4000 Wohnungen fertigstellen können. An neue Bautätigkeit ist vorerst aber nicht zu denken. Hoffen wir aber im Interesse der Bergleute nicht nur, sondern auch der Allgemeinheit, daß die nützliche und notwendige Bautätigkeit der TreuhänderInnen damit nicht die Ende findet.

Es mag habel der mutmaßlichen Gründe gedacht werden, die einen Teil der Bergbauunternehmer zu ihrer ablehnenden Haltung veranlassen. Ein Blick ins Ruhrrevier zeigt, daß der Werkwohnungsbaue wieder in vollem Gange ist. Die Preissteigerung der Kohle gestattet es, die alte Methode wieder aufzunehmen. Daneben sind allerdings hunderte von Wohnungen aus Privatband in den Besitz der Jechen übergegangen, wodurch sich, leider ohne Zunahme des Gesamtbestandes an Wohnungen, der Bestand an Werkwohnungen weiter vermehrt hat. Die Arbeitgeber sind also wieder darauf bedacht, ihren Machtbereich, der auf dem Besitz beruht, auszuweihen. Wer den Boden besitzt, besitzt die Menschen! Zurzeit geben die politischen Verhältnisse Deutschlands den Gewerkschaften einen Einfluß, der die Gefahr des Mißbrauches der Unternehmertum ein wenig mildert. Die leicht kann sich das ändern, besonders bei der Herrschaft der Arbeiterklasse im Ruhrrevier, wenn z. B. Frankreich seine augenblickliche militärische und politische Uebermacht dazu benutzt, um von England die Zustimmung zu den belgischen „produktiven Wänden“ zu erlangen. Die Reichs- und Provinzialparlamente sind im besten Geiste aus, wo Lohnbewegungen, Streiks usw. ein-







gegen. Die Gruben zerfallen immer mehr, unterirdisch geht alles zu Bruch und auch die sonstigen Einzelarbeiten erleiden der Zerschlagung. Dadurch wird die Kohlenförderung ungeheuer erschwert.

Die direkt katastrophale Arbeitslast im Donetzgebiet spiegelt sich auch in folgenden Zahlen wieder. Die Zahl der Arbeiter, also der wichtigsten Mitarbeiterkategorie, betrug im Jahre 1921 in den Monaten: Oktober 11710, November 12892, Dezember 14806; im Jahre 1922: Januar 14483, Februar 12825, März 10036, April 9408, Mai 9435, Juni 9122, Juli 8403, August 6000, September 5850.

Die meisten Arbeiter flüchten vor dem Verpeiß des Hungers. Ungenügend ernährt, können sie die schwere Bergarbeit nicht leisten. Der Donetz-Bergarbeiter ist nicht streikfähig; er läßt vielmehr hunderttausend die Arbeit liegen und flüchtet, um nicht mehr zurückzukehren. So wird in einem Bericht bemerkt: „Aehnliche Verhältnisse wie am Donetz herrschen auch in anderen Revieren. Es fehlt, wie in einem anderen Bericht gefaßt wird, an Initiativen, an planmäßigem Wiederaufbau, an technisch geschulten Kräften.“

Die Bergleute müssen trotz ihrer schweren Arbeit hungern, es fehlt ihnen an Schuhwerk und Kleidung, die Wohnungen sind schäblich und ungesund. Was munder, wenn die Kohlenproduktion so erschwerend niedrig ist! Es gab Zeiten, wo z. B. im Donetzgebiet die Kohlenförderung kaum den Eigenbedarf der Gruben deckte, wodurch der gesamte Betrieb und die übrige Industrie fast zum Erliegen kam.

Es fehlt nicht an guten Vorschlägen, an Dekreten und Verordnungen, an Disziplinargerichten, sogar die Militärstrafung der Arbeit wurde mit rigoröser Strenge durchgeführt, alles umsonst: die Förderung stieg nur unmerklich, die massenhafte Desertation war nicht aufzuhalten. Diese epidemische Arbeitslosigkeit, der die Sowjetbehörden ratiios gegenüberübersehen, geht naturgemäß den Verfall der Gruben nach sich. „Unjere Kohlenindustrie liegt im Sterben!“ Dieser Aufschrei zieht sich wie ein roter Faden durch alle Berichte der Verbandsfunktionäre.

Um dem vorzubeugen, wird empfohlen, vor allen Dingen die Löhne regelmäßig zu zahlen und so zu erhöhen, daß der Bergmann einigermassen menschenwürdig leben kann, denn dies ist die erste Voraussetzung, um ihn festhalten zu können. Weiter muß die Lebensmittelfürsorge organisiert, die Gruben mit den nötigen Betriebsmitteln versehen, technisch geschultes Personal eingestellt werden. Letzteres soll besonders aus Deutschland herangezogen werden. Zu diesem Zwecke sind vor kurzem zwei Abgesandte der Sowjetbehörden im Ruhrgebiet gewesen und haben auch in der Hochschule Bergschule vorgeschlagen.

Um erfahrenere Bergleute zu bekommen, soll an Deutschland denwell die Konzeption zur Ausbeutung der Erzkohlen in Kraft gesetzt werden; weil Deutschland an Erzen großen Mangel leidet, wobei es wohl diesen Vorschlag annehmen. So ist in einem der Berichte zu lesen: „Zugunsten der Kohlenindustrie und der Bergleute sind schon zahlreiche Verordnungen erlassen worden, die aber nur zum Teil angewandt werden. In Ausführungsgesetzen fehlt es nicht; diese sind so zahlreich, daß sie sich oft direkt entgegenwirken. So wurde auf der Ministerkonferenz in Jussowka am 8. Januar 1921 berichtet, daß auf sieben Grubenarbeiter ein Beamter entfällt. An Aussehern mangelt es also nicht. Daß es auch kommunistische Beamte gibt, die lieber andere arbeiten lassen, selbst aber ein lustiges Leben führen, beweist folgende Notiz im „Gornik“ vom 31. Jan. 1922, unterzeichnet von M. Witom: „In den Barozom der wirtschaftlichen Körperschaften und in dem Klub werden geschlossene Abendessen, Theaterabende und Konzerte veranstaltet, zu denen nur die örtliche Intelligenz und das Bureauverpersonal Zutritt hat. Auf solchen Festen herrscht noch eine gewisse aristokratische Galanterie. Man bemüht sich, französisch zu sprechen, sogenannte „Damen“ werden die Hände geküßt usw. Das Gniprende solcher Festen braucht man nicht zu bewachen. Aber Tatsache bleibt Tatsache, besonders wenn an solchen Veranstaltungen auch Mitglieder unserer Verbände teilnehmen. Es ist klar, daß wir gegen diese Angelegenheiten, die unsere Arbeiterklasse bedauern, an kämpfen müssen.“

Wir wollen getrost nicht verallgemeinern, aber es muß schon ziemlich schlimm gewesen sein, wenn die Bergarbeiter in ihrem Organ gegen die galanten „Bourgeois“ öffentlich protestieren durften. Die kulturellen Bedürfnisse der Bergarbeiter sind also wenig berücksichtigt, ihre Verbandsorganisationen werden dem Verfall überlassen. Auch kommt es öfter vor, daß den Bergleuten die ihnen gesetzten Arbeitsbedingungen böse werden, denn im Verbandsorgan vom 23. Februar d. J. beschwerten sich ein Mitglied darüber, daß Bergarbeiter, Arbeiter, amerikanische Schiffe und andere Sachen nicht die Arbeiter, für die sie bestimmt sind, sondern die Herren Berg- und Bureaubeamten, die Rechenisten und Monture erhalten; die Arbeiter haben dabei immer das Nachsehen. Daß solche Vorkommnisse die Arbeitslust der Bergarbeiter ebenfalls begünstigen, liegt klar auf der Hand. Angehörige dessen ist den kommunistisch orientierten Bergleuten in Deutschland zu raten, auszuwandern und auf den sowjetrussischen Kohlenbergbau Arbeit anzunehmen. Vielleicht gelingt es ihnen, die Kohlenindustrie im Lande ihrer Sehnsucht vor dem völligen Ruin zu bewahren. Zummindest die mit dem großen Mund sollten sich die banale Gelegenheit nicht entgehen lassen, einmal in ein besseres Leben zu kommen. Viktor Kalinowski.

Die zwei, in armstellige Kleiderreste geküllten Menschen, die da hockten wie hungrige Raben in gefrorenem Felde, waren ein Mann und eine Frau, schätzte, sechzig Jahre alt. Der mochte das Alter dieser menschlichen Ruinen genau bestimmen. „Wohin lieh der Groß sein Geld, wüßte ein paarmal, hier auf den Hüden und schlug mit Händen und Füßen um sich. Krämpfe! Die alte Frau sprang hinzu und löste den Felsen auch vom Halse des Gefallenen. „Gefahrens erste der Welt in die Hände.“

„Eine Welle schen es, als habe niemand den Vorfall bemerkt; da kam eine Arbeiterfrau aus dem nächstgelegenen Hause und eilte zu dem Hüdenhaufen. Der Hölische lag jetzt ganz still. Die Frauen klabten ihn und schleppten ihn wüßsam in das Haus, aus dem die hüßereite Frau gekommen war. Sie küßten dem Bewußtlosen ein wenig Wasser ein und nach einigen Minuten schlug der Mann die Augen auf. Verwundert sah er sich um. Seine Frau — denn das war die alte Kohlenarbeiterin — sagte ihm, wo er sei. Darüber sah er die Herrin an und dann sah er die beiden armen Menschen an dem lustig brennenden Feuer und wärmten sich, ohne gierig die Schmitze Brot, die ihnen gereicht wurde, und schlürften den warmen Korbhaffes, der ihnen die mittelmäßige Bergmannsfrau ebenfalls gab. Und das Wüßereien ergab die Geschichte einer erschütternden Armut und einer himmelstreichenden Not. Die Bergmannsfrau sagte, daß sie gern mehr geben möchte, aber sie sei selber arm und wisse nicht, wie sie mit dem Verdienst ihres Mannes auskommen solle. Als sich aber die beiden Alten zum Gehen anschickten, sah sie den noch leeren Eimer der armen Frau. Sie nahm ihn, ging in den Keller, füllte ihn mit Kohlen und gab ihn der sie mit Dankfühlungen übersehenden zurück. In diese Wüßereien betrat ein Mann die Wohnung, der gestrenge Herr Wohnungsinspektor, der wegen eines Mangels an der Bekleidung kam. Mit einem Blicke seiner Augen sahen die Arbeiter die Situation sofort.

„Hörst du nicht, daß die arme Kohlenarbeiterin dich dankt?“ fragte er streng. „Ja, aber die arme Leute.“ „Einigkeit, Deputationskassen dürfen nicht einmal verborgt werden. Ich muß die Sache melden.“ Dann brach er den Schaben in der Gasleitung. „Gerr Inbretor“, sagte die Frau zu ihm, „ich hatte doch nur Mitleid, melden Sie es doch nicht, wenn mein Mann das erfährt, dann — schlägt er mich.“ „Das Wüßereien Sie vorher bedenken sollen.“ Sprach und ging. Die Frau sah weinend auf einen Stuhl. Die armen Leute hatten sich mit den unglückseligen Kohlen schon abgefunden.

Der Inspektor meldete. Die Vorladung kam und der Mann — ob, es will nicht aus der Feder! — der Herr schlug seine gute, mittelmäßige Frau. Wegen der Schmitze der Kohlen! Und wenn der Herr nicht ganz wüßereite hätte, was ist kaum anzunehmen ist, dann müßte die Frau selbst und dem Bergmann z. werden auf lange Zeit die Kohlenindustrie...

nungszett vergangen, gezeichnet waren bis zu diesem Tage von den 70 Milliarden nur 28 Milliarden Papiermark! In der Hälfte der Zeichnungszett ein Fünftelzwanzigstel gezeichnet! Es wurde gezeichnet

Table with 2 columns: Month, Paper Mark (Millionen), Gold Mark (in Goldmark nach dem Dollardurchschnitt des Monats). Rows: Juli-August, September, Oktober, 1. bis 20. November.

Dies Resultat ist ein neuer schlagender Beweis für die Vaterlandsflucht unserer Kapitalisten. Im Verkauf ihrer Waren stellen sie sich auf den Dollar, die Goldmark ein, weil die Papiermark aber immer wertloser wurde, warten sie mit der Zeichnung und bringen in den ersten 3 des Monats November 80,9 Millionen Papiermark oder ganze 40 000 Goldmark für die Zwangsanleihe auf! Das ist so jämmerlich und bescheiden, daß auch die Regierung Guno nicht wagt, die Entwürfe der alten Regierung in den Papierford zu werfen, die auf eine Anpassung der Zwangsanleihe an die Geldentwertung abzielen. Sie soll Wege erwägen, die die Zwangsanleihe nach dem Geldwert festlegen, welche die 70 Milliarden am Tage der Gesehreibung hatten. Auf das Resultat dieser Arbeit sind wir gespannt.

Die ganze Sache zeigt aber die Verführungslust aller bürgerlichen Parteien recht deutlich, die sich dem sozialdemokratischen Verlangen nach der Goldmarkanleihe widersetzen!

Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

Achtung Rentenempfänger aus der Unfallversicherung.

Das Gesetz über Änderungen der Reichsversicherungsordnung vom 21. Juli d. J. brachte u. a. auch die Umgestaltung des § 1522 der RVO. Bei seiner jetzigen Fassung muß die Reichsinvaliden- oder Hinterbliebenenrente neben den Bezügen aus der Unfallversicherung voll gezahlt werden, wenn die Invalidität oder der Tod Folge eines entschädigungspflichtigen Unfalls sind. Bis hierher war dies nicht der Fall. Von dieser Regelung haben wir bereits in Nr. 38 der „Bergarb.-Ztg.“ vom 23. September d. J. berichtet. Da aber unter den Kameraden noch immer einige Unklarheiten darüber bestehen, so sei hier noch folgendes kurz erwähnt:

Die Reichsinvaliden- oder Hinterbliebenenrente muß neben den Bezügen aus der Unfallversicherung für die Zeit vom 1. Juli 1922 ab gezahlt werden. Anspruchsberechtigte, deren Ansprüche in früheren Jahren nach anderen gesetzlichen Bestimmungen rechtserkrecht einen Antrag an den Träger Reichsinvaliden- oder Hinterbliebenenversicherung (die zuständige Landesversicherungsanstalt oder Anaptychaffisverein als Sonderanstalt) stellen, weil die Versicherten als Träger durch Gesetz nicht verpflichtet sind, von Amts wegen den Berechtigten die Renten zu gewähren. Als Berechtigte kommen hier diejenigen Rentenempfänger aus der Unfallversicherung in Frage, die durch den Unfall so erwerbsunfähig geworden sind, daß bei ihnen auch Invalidität im Sinne des § 1255 der RVO vorliegt, sie also nicht imstande sind, ein Drittel dessen zu erwerben, was förderlich und zeitig gesunde Personen ihrer Art zu verdienen pflegen. Natürlich müssen die sonstigen Voraussetzungen, die zum Besitze der Reichsinvalidenrente berechtigen, wie Erfüllung der Wartezeit u. dgl. vorhanden sein. Ebenso sind auch nur diejenigen Hinterbliebenen eines durch einen entschädigungspflichtigen Unfall Gefallenen nur dann berechtigt, wenn der Rentenempfänger die Voraussetzungen in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erfüllt hat, die zum Besitze berechtigen.

Verbandskameraden oder deren Hinterbliebenen, die zum Besitze der Invaliden- oder Hinterbliebenenrente unter den erwähnten Voraussetzungen berechtigt wären, sie aber noch nicht beziehen, weil sie von der Änderung des § 1522 nichts wissen und deshalb noch keinen Antrag gestellt haben, seien hier nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sie es tun müssen, sonst werden sie auch weiter nichts erhalten.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Bergmannslohn und Kohlenpreis.

Je drückender der hohe Kohlenpreis für die Bevölkerung wird, um so mehr ist sie versucht, den Bergarbeiterlöhnen die Schuld an den hohen Preisen zu geben. Es ist deshalb notwendig, daß die Bergarbeiter selbst in jedem Falle, wo es nötig ist, darauf hinweisen, wie sich Lohn und Preis zueinander verhalten. Wenn wir mit dem Unternehmer über die Löhne streiten, ist es erklärlich, wenn er sagt: der Lohnanteil darf nicht vom Gesamtlöhnenpreis herabgezogen werden, sondern nur von dem Preis, den die Gese bekommt. Die Bevölkerung, die hohe Kohlenpreise zahlen muß, rechnet aber mit diesem Preise, den sie zahlen muß und deshalb rechtfertigt sich die Forderung, welcher Anteil von diesen wirklichen Verkaufspreisen auf den Lohn entfällt.

Am 16. November betrug der Durchschnittslohn 1762 M., mit 8 Prozent für Angestellten- und Beamtengehältern ergibt das 1902,96 M. je Schicht. Der Preis für Förderkohle beträgt 14 011 M., Steuern und Handelsabgaben und Bau- und Lebensmittelfonds erfordern 4650 M., so daß der Förderkohlenpreis 9361 M. beträgt. Bei einem Verbrauch von 540 kg je Mann und Schicht ergibt die Lohn- und Gehaltsbezahlung je Tonne 3524 M. oder 37,645 Prozent vom Förderkohlenpreis und 25,151 Prozent vom Gesamterkaufspreis!

Die Komponenten zahlen zu diesem Gesamtlöhnenpreis noch einen erheblichen Zuschlag für Abgabe, Wegegebühren, Fuhrkosten u. dgl., der oft Laufen die Mark pro Tonne beträgt. Es ist also wichtig, daß die Bergleute selbst das Publikum darüber aufklären, daß der Lohnanteil am effektiven Gesamtlöhnenpreis 25 Prozent, also ein Viertel beträgt, daß er aber einen noch geringeren Teil ausmacht von dem Preis, den das Publikum zahlt, wenn es die Kohlen am Hause hat.

Wie der Lohnanteil zurückgegangen und Förderteil und Steuern gestiegen sind, zeigen die folgenden Zahlen:

Table with 4 columns: Lohn und Gehalt, Förderteil (in Prozent), Steuern etc., and a date column. Rows: 1922 Februar, März, April, 1. November, 16. November.

Man sieht, das Publikum hat kein Recht, hohe Kohlenpreise den hohen Löhnen zur Last zu legen und die Unternehmer haben kein Recht zu klagen, daß sie bei der Verteilung schlecht weggekommen sind.

Geht die Preisentwicklung von der Kohle aus?

Der allgemeinen Preisentwicklung folgend, sind ab 1. Dezember die Bergarbeiterlöhne und anschließend daran auch die Kohlenpreise erhöht worden. Die Lohnsteigerung beträgt für die Ruhrbergarbeiter durchschnittlich 700 M. je Schicht das sind etwa 43,5 Prozent. Für Ruhrfuhrkosten beträgt die Preissteigerung ausschließlich Steuern und Abgaben 5677 M. Diese starke Preissteigerung ist hauptsächlich bedingt mit der ungewöhnlichen Preissteigerung aller im Bergbau benötigten Materialien. Wie katastrophal sich die Preisentwicklung besonders seit Juli 1922 gestaltet hat, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung (in Mark):

Table with 6 columns: Item, Juli, August, Sept., Okt., 2. Nov., Stich vgl. mit Juli (1921). Rows: Ruhrfuhrkosten, Stabelfen, Grubenlohn, Dollarkurs, Großhandelspreis für Fuhrkosten.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß der Kohlenpreis einschließlich Steuern und Abgaben, besonders seit Oktober, trotz der mehrfachen Preissteigerungen noch immer erheblich weniger gestiegen ist, als die übrigen Preise. In der zweiten Novemberhälfte waren höher tote im Oktober der Ruhrfuhrkostenpreis um 143 Prozent, der Stabelfenpreis um 185 Prozent, der Grubenlohnpreis um 201 Prozent, der Dollarkurs um 123 Prozent der Großhandelspreis für Industriezwecke um 161 Prozent. Prozentual ist danach der Dollarkurs seit Oktober erheblich hinter den angeführten Preisen zurückgeblieben.

Die notwendig ist, Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne im Rahmen der allgemeinen Preisentwicklung zu betrachten, ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung (womöglich der Preis und die Preissteigerung je Tonne (Thomasphosphat) betragen (in Mark) für:

Table with 6 columns: Item, Vorkriegszeit, 6. Nov. 1922, 1. Dezemb. 1922, 8. Nov. 1922, 1. Dezemb. 1922. Rows: Kohlenpreise, Vorkohle, Knüppel, Blatzen, Stabelfen, Bandelfen, Formeisen, Unberarbeiteten, Walzdraht, Grobblech, Mittelblech, Feinblech, Ruhrfuhrkosten, ohne Steuern u. Abg., mit Steuern u. Abg.

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich, daß die Kohlenpreise selbst einschließlich Steuern und Abgaben weit hinter den Eisenpreisen zurückgeblieben sind. Trotzdem kann es die „Rein-Weiß-Zig.“ vom 30. November 1922 über sich gewinnen, die erneute Eisenpreiserhöhung als Auswirkung der Kohlenpreissteigerung hinzustellen. Zeit und Tag wird so in der Unternehmensehre die Auffassung vertreten, daß die allgemeine Preisentwicklung von den Kohlenpreisen und im Zusammenhang damit von den Bergarbeiterlöhnen ausgeht, um die gebundene Kohlenbewirtschaftung und die Bergarbeiter zu beruhigen. Demgegenüber sei nochmals festgelegt, daß z. B. bis August 1922 gegenüber dem ersten Vierteljahr 1914 gestiegen sind:

der Ruhrfuhrkostenpreis ohne Steuern u. Abgaben um das 82,1fache der Durchschnittspreis der Ruhrbergarbeiter um das 59,7fache die monatlichen Ernährungslohnkosten einer vierköpfigen Familie nach Calwer um das 95,6fache

Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne sind also auch danach der allgemeinen Preisentwicklung nicht vorangegangen, sondern in immer weiterem Abstand gefolgt. Der Abstand zwischen Kohlenpreisen bzw. Bergarbeiterlöhnen und allgemeiner Preisentwicklung ist aber noch weit größer, als er hier in Erwähnung tritt, da die Preise für Kleider, Schuhe, Möbel usw. erheblich stärker gestiegen sind als die Ernährungslohnkosten. Die allgemeine Preisentwicklung geht nicht von den Kohlenpreisen bzw. von den Bergarbeiterlöhnen aus, sondern von der Anarchie der übrigen ungebundenen Wirtschaft. Durch eine Stabilisierung der Kohlenpreise allein kann noch keine Preisfestlegung und selbst nicht einmal eine Preissteigerung herbeigeführt werden, wenn man in der übrigen Wirtschaft der Anarchie wie bisher die Zügel schloßen läßt.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Änderung der Verordnung über Lohnpfändung.

In der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 48 vom 2. Dezember) unter vorliegender Überschrift gedruckten Notiz ist ein fälschlicherweise Druckfehler unterlaufen: In der 13. Zeile muß es heißen: „Keine Beschränkung der Pfändbarkeit“ usw. Das Wort „Keine“ fehlt in der jagter Notiz.

Rechtsprechung im Arbeiterrecht.

Eine nach § 87 des BRR. auferlegte Entschädigungspflicht entfällt nicht von dem Anspruch auf Lohnzahlung für die Kündigungsrück.

Die im § 87 des Betriebsarbeitsgesetzes vorgesehene Entschädigung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber wegen unbegründeter Entlassung konnte der erste Entwurf des Gesetzes nicht. Der erste Entwurf sah vielmehr für die Fälle, in denen der Entlassungsauspruch eine Kündigung für unzulässig hielt, die unbedingte Weiterbeschäftigungspflicht vor. Bei der Beratung des zweiten Entwurfs, nachdem von Arbeitervereine auf Fälle hingewiesen wurde, wo man den Arbeitgeber nicht zumuten könne, den entlassenen Arbeitnehmer wieder einzustellen, gab die gesetzgebende Körperschaft der Nationalversammlung den Arbeitgebern die Wahl, entweder den Arbeiter weiter zu beschäftigen oder ihn aber als Ersatz der Weiterbeschäftigung zu entschädigen. Hieraus ergibt sich, daß die Entschädigung des § 87 des BRR. nicht eine eigentliche Schadenersatzleistung ist, als vielmehr eine Abfindung der Wiedereinstellungspflicht, worin eine Entschädigung der immateriellen Schäden, die mit dem Verlust einer Arbeitsstätte verbunden ist.

Das Gesetz enthält keine Bestimmung, daß mit der Zahlung der vom Entlassungsauspruch hergeleiteten Entschädigungssumme alle Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis erlöschen sind. Der § 88 des BRR. läßt einen solchen Schluß nicht zu. Dieser Paragraph regelt lediglich den Anspruch auf Lohn für die Zeit von der Beendigung des Arbeitsverhältnisses bis zur Wiedereinstellung. Diese besondere Regelung war notwendig, weil sonst die Arbeitnehmer mangels anderweitiger gesetzlicher Bestimmungen einen nicht unerheblichen Lohnverlust erlitten.

Es dürfte jedoch als feststehende Rechtsprechung zu erachten sein, daß eine fristlose Kündigung nach dem Willen des Kündigenden als fristgerechte Kündigung anzusehen ist, wenn ein berechtigter Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorlag. Demnach kommt der Dienstberechtigten wegen Verweigerung der Wiedereinstellung mit der Annahme der Dienste in Verzug und kann der Dienstverpflichtete für die insolge des Verzugs nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung, das ist bei 14-tägiger Kündigung Lohn für 14 Tage verlangen (§ 615 des BRR.). Ueber Ansprüche gemäß § 615 des BRR. kann der staatliche Schlichtungsausschuss nicht entscheiden, sondern das ordentliche Gericht (für den Bergbau das Bergarbeitergericht).

Vorstehende Rechtsauffassung wird gestützt durch Urteil des Landgerichts Berlin und des Amtsgerichts Göttingen. Veröffentlicht in der „Arbeiterrechtsbeilage“ Nr. 9 und 10 der Nummern 35 und 40 des „Korrespondenzblattes“.

Aus der Tarifpraxis.

Das Ergebnis der Lohnverhandlungen.

Nachstehend geben wir das Resultat der Lohnverhandlungen, welche am 27. und 28. November in Berlin geführt wurden. Danach erhalten ab 1. Dezember die Reviere folgende Lohnsteigerung:

- Ruhrrevier: Durchschnittlich je Schicht 750 M. einschließlich 40 M. Hausstands- und 20 M. Kindergehalt.
Kiesbasaltrevier: Durchschnittlich je Schicht 687,50 M. einschließlich der Soziallöhne.
Sachsen: Durchschnittlich je Schicht 675 M., einschließlich der Soziallöhne.
Nieder-Sachsen: Durchschnittlich je Schicht 675 M., einschließlich der Soziallöhne.
Obersachsen: Durchschnittlich je Schicht 750 M. je Schicht einschließlich der Soziallöhne.
Hannoversche: Durchschnittlich je Schicht 680 M., einschließlich der Soziallöhne.
Wachsen: Durchschnittlich je Schicht 675 M. einschließlich der Soziallöhne.
Bayern: Pechkohl: Durchschnittlich je Schicht 675 M., einschließlich der Soziallöhne. Steinkohl: Durchschnittlich je Schicht 600 M., einschließlich der Soziallöhne. Braunkohl: Durchschnittlich je Schicht 618 M., einschließlich der Soziallöhne.
Brauereibetriebe: Durchschnittlich je Schicht 680 M. einschließlich der Soziallöhne.
Brauereibetriebe: Durchschnittlich je Schicht 750 M., einschließlich der Soziallöhne.



Mitteldeutsche Braunkohle: Fernrebieze: Durchschnittlich je Schicht 652 M., außerdem 40 M. Hausstandsgeld und 20 M. Kindergeld.

Für das Ruhrgebiet bedeuten diese Vereinbarungen, daß die Bergarbeiter ab 1. Dezember im Durchschnitt je Mann und Schicht um 750 M. erhöht werden.

Die Vereinbarung hat bis Ende Dezember Gültigkeit; jedoch sollen - bei einer außergewöhnlichen Entwicklung der Leuerungsverhältnisse, welche die Innehaltung dieser Verträge nach Erzu und Glauben unmöglich macht - die Parteien verpflichtet sein, einer Einleitung des Reichsarbeitsministers zu ernennen Lohnverhandlungen im Laufe des Monats Dezember 1922 Folge zu leisten.

Stundung des Ueberarbeitsabkommens. In der Besprechung der vier Bergarbeiterorganisationen am 21. November einigte man sich dahin, daß die Ueberarbeitsfrage gleichzeitig mit den neuen Lohnverhandlungen erledigt werden soll.

Bei den letzten Lohnverhandlungen wurde diese Frage besprochen. Regierung und Unternehmervertreter waren gegen die Stundung der Ueberarbeit. Die Vertreter des christlichen Gewerkschaftsbundes erklärten, daß ihnen keine Anträge aus ihren Mitgliederkreisen auf Kündigung oder Stundung der Ueberarbeit vorliegen, sie seien deshalb nicht in der Lage, einer Aussetzung der Ueberarbeit das Wort zu reden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Der kommunistische Reichsbetriebsräte-Kongress nahm am 10. Dezember nach dem Aufbruch in Berlin seinen Anfang.

Die Berliner Kandidaten für die Wahlen zum Betriebsräte-Kongress müssen morgen, Mittwoch, den 10. Uhr vormittags ab, im Lokal von Hummel, Sophienstr. 5, reiflos erscheinen, um festzustellen, wer von ihnen zum Delegierten gewählt ist, und um ihre Delegiertenlisten abzugeben.

Am 21. Stunden vor Eröffnung des Kongresses mußten die Kandidaten unter sich ausklopfen, wer als Delegierter aufzutreten habe! Schimmer konnte man wohl den Kongress nicht lächerlich machen, als durch solche Feststellungen!

Die Unternehmern Nordwestböhmens wolgerten sich, die Vereinbarung, welche für die Riviere Ostrau, Jäcklau und Bissen getroffen worden, anzuerkennen.

Die Regierung hatte anscheinend zu solchen Kompensationen, wie sie in den letzten Monaten sich im Bergbau abspielten, keine Lust und griff ein.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Fritz Kemper †

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Werbeweche im Bezirk Bochum.

Kameraden! Unsere Bezirkskonferenz am 11. Novbr. d. J. war sich darüber einig, daß in unserem Bezirk auch wieder die Hausagitation einsetzen muß, um dadurch den Verband zu stärken.

gestaltet diese Woche zu einer Ehrenwoche des Bezirks. Die Unternehmer müssen uns gewappnet finden, wenn sie es einmal wagen sollten, uns den Entscheidungskampf über Sein oder Nichtsein anzubieten.

der letzte Bergarbeiter für den Verband gewonnen wird. Kameraden, helft mit dazu beitragen, daß auch in unserem Bezirk sämtliche Indifferente verschwinden und diese Woche eine Ehrenwoche für unseren Bezirk wird.

Mit Glück auf! Der Bezirksleiter H. Deppe.

Ein Elternabend in der bergmännischen Berufsschule. Für den Erfolg der Arbeit, die der bergmännischen Berufsschule zum Wohle der heranwachsenden Bergarbeiterjugend obliegt, ist es von großer Wichtigkeit, daß zwischen der Schule und dem Elternhause ein gutes Einvernehmen besteht.

Der Elternabend hatte den Zweck, den Eltern unserer Berufsschüler, den Schulvorstandsmitgliedern, den Betriebsräten und der Jugendverwaltung einen Einblick in die Arbeit der Berufsschule zu geben, ihnen zu zeigen, daß die Schularbeit das Licht nicht zu scheuen braucht, und das gute Verhältnis zu festigen.

Die Jungknappen sind so weit als möglich zur Mitarbeit herangezogen worden. Die von ihnen vorgetragenen Gedächtnisse ließen die Hörer ahnen, daß der Bergmannsstand auch einmal Vorlese gehabt hat, und der gemeinsame Gesang des Knappenliedes: „Glück auf, der Steiger kommt“, lang wie ein Choral.

Der Kongress hat die Belehrung von den „illegalen Mitteln“ richtig verstanden und angewandt. Ihm steht ein großer Ordensstern zu; der hat ihn doch verdient! Aber nun im Ernst: Glaubten denn die Kommunisten, mit solchen verlogenen Mitteln den Arbeitern zu helfen?

Die Unternehmern Nordwestböhmens wolgerten sich, die Vereinbarung, welche für die Riviere Ostrau, Jäcklau und Bissen getroffen worden, anzuerkennen.

Die Regierung hatte anscheinend zu solchen Kompensationen, wie sie in den letzten Monaten sich im Bergbau abspielten, keine Lust und griff ein.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Fritz Kemper †

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

Die Ortsverwaltung der Bahnhofs-Datteln I. Der muß lügen! In der „Union“, Organ der Hand- und Rosnarbeiter (Nr. 42 vom 17. November), befindet sich eine Notiz über eine Delegiertenversammlung der Bahnhofs-Datteln, welche am 2. November stattgefunden haben soll.

Am 17. November wurde unser Kamerad Fritz Kemper zur letzten Ruhe gebracht. Unser „alte Fritz“, wie man ihn hier nannte, war immer einer der ersten, wenn es galt, für den Verband und die Bergarbeiterfrage zu kämpfen.

innerhalb der Arbeiterschaft geführt werden. Ist dieser Kampf an und für sich, wenn er um Ziele und Wege geführt, noch ein erträglicher, so wird er zur Untragbarkeit, wenn derselbe in solcher Weise von der Union befehlter Weise und Form geführt wird.

Die „illegalen Mittel“ der Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen.

Der Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.

Die Moskauer. Der gesamte Belegschaft zur Kenntnis, daß ich mich jetzt als Betriebsratskandidat nicht habe aufstellen lassen. Ich habe treu 15 Jahre dem alten Bergarbeiterverband meine Beiträge gezahlt und trete nun endgültig aus der Organisation aus, weil der Bergarbeiterverband nur die Interessen der Grubenbarone vertritt und somit als eine Kampfbewegung nicht in Frage kommt.